“DAS NENN ICH SOLIDARITÄT UNTER FRAUEN!”

Die neue türkeistämmige Diaspora in Berlin

Eine Bedarfsanalyse

– KURZFASSUNG –

PUDU HEPA

Frauenininitiative für Solidarität

– KURZFASSUNG –

In den vergangenen Jahren ist Berlin zu einem wichtigen Auswanderungsziel für türkeistämmige Personen geworden. Die Mehrheit dieser „Neuankömmlinge“[1] sind Personen, die direkt oder indirekt von der Politik des türkischen Staates, die gegen die Menschenrechte verstößt und universelle Rechtsprinzipien missachtet, betroffen waren, darunter sehr viele Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, Medienschaffende und IT-Expert*innen.

Der vorliegende Bericht ist eine Kurzfassung einer Studie („Bedarfsanalyse“), die erstmals die Profile und Bedürfnisse von Migrant*innen aus der Türkei, die zwischen 2015 und 2018 nach Berlin gekommen sind, analysiert. Als Ergebnis der ersten umfangreichen Untersuchung in diesem Bereich kommt Bedarfsanalyse eine besondere Bedeutung zu.

Sie richtet sich vor allem an politische Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Berlin. Mit dem Bericht sind zwei Anliegen verbunden: Erstens sollten jene Personen, Organisationen und Parteien, die eine aktive Rolle bei der Inklusion der „Neuankömmlinge“ aus der Türkei spielen, genauer über deren Bedürfnisse und Probleme informiert werden. Und zweitens sollen die „Neuankömmlinge“ ihre Bedarfe selbstständig artikulieren können und bei der Entwicklung von Lösungen aktiv beteiligt werden.

Da an dieser Stelle vorrangig das Gesamtbild präsentiert werden soll, sind die Daten der Studie nicht im Detail aufgeführt, können aber einschließlich der Details zur Methode und empirischen Vorgehensweise in der Langfassung eingesehen werden. Die Bedarfsanalyse ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Verein PUDUHEPA e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. PUDUHEPA e.V. ist aus einer Gruppe Migrantinnen hervorgegangen, die seit 2015 nach Berlin eingewandert sind.[2]

Methode und Vorgehen

Im Rahmen der Datenerhebung wurden quantitative (standardisierte Fragebögen) und qualitative (Gespräch mit einer Fokusgruppe) Methoden miteinander kombiniert. In der ersten Phase (quantitative Erhebung) kontaktierten die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von PUDUHEPA insgesamt 165 Personen über

1 Wir verwenden den Ausdruck „Neuankömmlinge“, weil die für diese Studie befragten Personen sich selbst so bezeichnen.

2 PUDUHEPA e.V. – Fraueninitiative für Solidarität besteht aus Frauen, die aufgrund der Repressalien in der Türkei nicht mehr dort leben können und nach Deutschland gekommen sind, um sich mit den hier bereits lebenden Frauen aus der Türkei zu solidarisieren. Das Zentrum der Initiative ist in Berlin. Zu der Zielgruppe der Initiative gehören Frauen, Kinder und LGBTI-Menschen. Die Initiative setzt sich für das Recht des Individuums ein, das Leben zu leben, welches er bevorzugt. Zu diesem Zweck gründet die Initiative ein Solidaritätsnetzwerk, beteiligt sich mit kulturellen Veranstaltungen am interkulturellen Dialog, macht auf Probleme ihrer Zielgruppe aufmerksam, um so ein Bewusstsein zu schaffen, arbeitet direkt mit Frauen zusammen und entwickelt Projekte entsprechend ihren Schwerpunkten.

eine Online-Plattform und die Kommunikationsdienste der sozialen Medien (geschlossene Facebook-Gruppen, E-Mail, WhatsApp-Gruppen). Von dem Teilnehmer*innen definieren sich 115 als weiblich, 47 als männlich und drei als jenseits binärer Geschlechterdefinitionen.

Im Stadium des Forschungsdesigns konnte aufgrund der Unbekanntheit der Population kein repräsentatives Sample berechnet werden, weshalb darauf abgezielt wurde, die Teilnahme an der Befragung möglichst hoch zu halten. Die Befragung der ersten Phase wurde dann mit diesen Personen im Zeitraum vom 3. Juli bis zum 31. August 2018 durchgeführt. Auf der Grundlage der Ergebnisse der quantitativen Befragung wurden acht zentrale Themenbereiche ermittelt. Sie bildeten die Schwerpunktthemen für das Gespräch mit der Fokusgruppe, das am 15. September 2018 mit 26 Personen (7 Männer, 19 Frauen) geführt wurde.

Das Profil der Teilnehmer*innen

Frauen machen mit knapp 70 Prozent die Mehrheit der Teilnehmer*innen an der Bedarfsanalyse aus. Ein Grund für den hohen weiblichen Anteil liegt sicherlich darin, dass das Projekt von PUDUHEPA durchgeführt wurde, die eine Frauenorganisation ist.[3]

Fast 93 Prozent der Befragten sind unter 45 Jahre alt. Die türkeistämmigen „Neuankömmlinge IN Berlin sind also vergleichsweise jung und damit in der Regel mobil und mit den neuen Informationstechnologien vertraut.

41 Prozent der Teilnehmer*innen ist verheiratet. Diese Gruppe lebt zu rund 75 Prozent mit ihren Familienangehörigen in Berlin zusammen. Ein Großteil der verheirateten Personen ist also gemeinsam mit ihren Familien nach Berlin migriert. Knapp 28 Prozent der Teilnehmer*innen hat mindestens ein Kind, wobei die Zahl der Kinder bei den Befragten im Durchschnitt zwischen einem Kind und zwei Kindern liegt. 86 Prozent dieser Kinder leben mit ihren Familien in Berlin zusammen.

- *Daraus lässt sich schließen, dass jene Teilnehmer*innen, die gemeinsam mit ihrem/r Partner*in und ihren Kindern nach Berlin ausgewandert sind, das Bedürfnis hatten, sich und ihren Familien eine „bessere Zukunft“ zu bieten.*

Ausbildung und Beruf

Mehr als 93 Prozent der Teilnehmer*innen hat mindestens einen Bachelorabschluss. Fast 60 Prozent haben ein Masterstudium absolviert oder eine Promotion abgeschlossen. Das Bildungsniveau des Samples ist also insgesamt sehr hoch und mehr als die Hälfte der Teilnehmer*innen blickt in der Türkei auf eine akademische Vergangenheit zurück. Es kann also davon ausgegangen werden, dass der restriktive Einfluss, den die aktuelle Politik in der Türkei auf Universitäten und Forschungseinrichtungen ausübt, ein wichtiger Push-Faktor für die Auswanderung nach Deutschland bzw. Berlin ist.

Rund 58 Prozent der Teilnehmer*innen gab an, in Berlin einer entlohnten Arbeit nachzugehen, die restlichen 42 Prozent sind nicht aktiv erwerbstätig. Der Anteil an nicht erwerbstätigen Teilnehmer*innen ist damit auffallend hoch. Rund die Hälfte der nicht aktiv erwerbstätigen Befragten bestreitet ihren Lebensunterhalt derzeit mit Hilfe der Unterstützung von Familie und Freunden und/oder eigenen Rücklagen. Die Befragten betonen auch, dass weder Rücklagen noch die familiäre Unterstützung eine langfristige Strategie für den Lebensunterhalt sein können. Zudem ist die Mehrheit der erwerbstätigen Personen in kurzfristigen Projekten oder prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer*innen konnten also bislang keine dauerhafte Lösung für ihren Lebensunterhalt finden.

Die Verteilung der Teilnehmer*innen nach Berufsgruppen stellt sich wie folgt dar: 27 Befragte sind Ba-

3 Obgleich die Mehrheit der Befragten Frauen ist, bestand das vorrangige Ziel dieser Studie nicht in einer explizit gendersensiblen Analyse. Dennoch bieten die erhobenen Daten auch die Möglichkeit sie im Rahmen einer Nachfolgestudie geschlechtsspezifisch auszuwerten. Der vorliegende Bericht sollte auf der Basis einer möglichst gemischten Demografie durchgeführt werden und zu generellen Aussagen über „Neuankömmlinge“ aus der Türkei in Berlin gelangen.

chelor-, Master- und Doktoratsstudent*innen, 26 Ingenieur*innen (vor allem in den Bereichen Software und Informatik), 21 Künstler*innen mit Spezialisierung auf Musik, Tanz, Theater und Disziplinen der bildenden Künste, 15 Akademiker*innen, zehn Führungskräfte und sieben Journalist*innen. Die übrigen Befragten sind Angestellte in Berufen, die eine spezialisierte Fachausbildung voraussetzen. Der Anteil der Teilnehmer*innen mit Auslandserfahrungen liegt bei etwa 61 Prozent. Die Mehrheit der Befragten verfügt also über hohes soziales Kapital in Form von akademischer Bildung, Berufserfahrung und Auslandsaufenthalten. Nur gut 36 Prozent der einer entlohnten Beschäftigung nachgehenden Teilnehmer*innen arbeitet jedoch im erlernten Beruf.

- *Mehr als 60 Prozent der entlohnt beschäftigten Teilnehmer*innen kann oder darf in Berlin den erlernten Beruf nicht ausüben.*

Aufenthalt

Während derzeit drei Personen angeben, geflüchtet zu sein, darf angenommen werden, dass diese Zahl in Zukunft steigen wird. Aufgrund der sozialen Statusverluste, die das Asylverfahren mit sich bringt, betrachten einige Teilnehmer*innen diese Option möglicherweise noch mit Zurückhaltung.

Was die Aufenthaltsfristen der übrigen Teilnehmer*innen betrifft, so liegen diese bei knapp einem Drittel der Befragten bei unter zwei Jahren. Mehr als 80 Prozent der Teilnehmer*innen erklärten, dass sie nach Ablauf des aktuellen Aufenthaltstitels einen Folgeantrag stellen möchten. Viele stoßen allerdings auf Schwierigkeiten, die erforderlichen Kriterien für die Anträge auf eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis jedes Jahr erneut zu erfüllen. Einige Teilnehmer*innen erwägen daher notgedrungen die Alternative, einen Asylantrag zu stellen, obgleich sie diese Option aufgrund der psychischen Belastung und des sozialen Statusverlustes während des Verfahrens mit Zurückhaltung sehen. Auch andere Aufenthaltstitel, etwa für die Arbeitsplatzsuche, für Künstler*innen und Gastwissenschaftler*innen sind mit den gleichen Schwierigkeiten verbunden und erfordern Folgeanträge in einjährigen Abständen. Nur 21 der befragten Personen haben einen Aufenthaltstitel über mehr als fünf Jahre oder sogar einer Niederlassungserlaubnis. Dies ist im Vergleich zu der Gesamtanzahl der Teilnehmer*innen äußerst gering.

- *Die Kürze der ausgestellten Aufenthaltstitel, die physischen und psychischen Belastungen des Asylverfahrens sowie allgemeine Ungewissheiten verhindern daher, in Berlin ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln.*

Herkunft und Motivationen der Auswanderung

Knapp 70 Prozent der Teilnehmer*innen lebte vor der Auswanderung nach Berlin in İstanbul. Es folgen Ankara mit 14 Prozent und İzmir mit 5,5 Prozent. Auch die übrigen Teilnehmer*innen verteilen sich auf urbane Ballungsräume in der Türkei. Insgesamt kommen über 98 Prozent der Befragten aus türkischen Großstädten. Dies deutet darauf hin, dass es auch die derzeitigen Einschränkungen der Freiheiten im städtischen Leben und die Unterbindung von Kreativität in der Türkei sind, die diese Gruppe zur Auswanderung nach Berlin bewegt haben.

Auf die Frage "War es Teil Ihrer Zukunftspläne, in Berlin zu leben?", antworteten 50 Prozent der 164 Teilnehmer*innen, dass sie die Auswanderung nach Berlin geplant hatte, während bei einem ebenso großen Anteil der Auswanderung kein Plan vorausgegangen war. Die sich zusehends verschlechternden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in der Türkei haben also die Auswanderungsbereitschaft erhöht. Mit 65 Prozent zeigt sich die länger zuvor geplante Auswanderung bei den Befragten im Alter zwischen 22 und 27 Jahren. Diese Gruppe ist vor allem über Austauschprogramme und Stipendien an deutschen Universitäten und Hochschulen nach Berlin gekommen. In der Altersgruppe bis 40 Jahre hatte ein Anteil von 41 Prozent die Auswanderung nach Berlin geplant. Währenddessen überwiegen mit über 60 Prozent bei den 40 und 45-jährigen jene Personen, die zuvor keine Auswanderungspläne hatten.

Bei den Gründen und Motivationen für die Auswanderung nach Berlin dominieren die so genannten Push-Faktoren. Mit knapp 51 Prozent sind "Zukunftssorgen" die am häufigsten angekreuzte Antwortmöglichkeit (mehrere Antworten waren möglich). Dem folgen „politische Gründe" mit knapp 50 Prozent und der "Wunsch nach einem freien Leben" ebenfalls mit knapp 50 Prozent sowie "Sicherheitsbedürfnisse" mit 38 Prozent. Der Anteil der Teilnehmer*innen, die aufgrund der „Begrenztheit von Bildungsmöglichkeiten" in der Türkei nach Deutschland gekommen sind, beläuft sich demgegenüber auf 22,4 Prozent.

Auf die Frage, warum sich die Teilnehmer*innen für Berlin entschieden haben, wählten 48,5 Prozent der Befragten die Antwortmöglichkeit: "Berlin ist eine kosmopolitische Stadt." Die Frage nach dem letzten Wohnort vor der Einreise nach Deutschland hatte bereits gezeigt, dass die Teilnehmer*innen größtenteils in kosmopolitischen Städten wie İstanbul, Ankara und İzmir gelebt hatten. Diese Gruppe nannte als zweitwichtigsten Grund für die Migration nach Berlin, das "freie gesellschaftliche Leben". 41 Prozent der Teilnehmer*innen wählten auch die Antwortmöglichkeit "Bessere Lebensbedingungen".

- *Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die meisten Befragten in Berlin ihre urbane Lebensweise weiterführen möchten.*

Das Fokusgruppengespräch[4]

In Vorbereitung auf das Fokusgruppengespräch wurden die Die Antworten auf die Frage: *«Was waren die ersten Probleme, auf die Sie nach Ihrer Ankunft in Berlin gestoßen sind?»* gemäß der Konzentration der Probleme geordnet und als sieben Problembereiche unter den Stichworten Wohnen, Bürokratie, Gesundheit, Zugang zu Arbeitsangeboten, Kulturelle Unterschiede, Diskriminierung und Bildung.

Von einem Großteil der Teilnehmer*innen wird das Thema "Wohnen" als zentraler Problembereich identifiziert, ein Thema also, das in Berlin ohnehin ein großes Problem darstellt. Aus der Analyse der Probleme im Bereich Wohnen geht hervor, dass hierbei die Nichterreichbarkeit von Dienstleistungen und die Nichtverfügbarkeit vertrauenswürdiger Quellen bezüglich der nötigen Informationen, Dokumente und Handlungsschritte im Vordergrund stehen.

Bezüglich des Themas „Bürokratie" geht aus den Daten der Befragung hervor, dass nur 6,7 Prozent der Teilnehmer*innen bisher keinerlei Probleme hatte. Ansonsten sticht neben der „Sprachbarriere" bei den Problemen im Bereich Verwaltung auch die "Nichtverfügbarkeit institutioneller und vertrauenswürdiger Informationsnetzwerke" beim Zugang zu notwendigen Informationen ins Auge.

Im Bereich „Gesundheit" und „Gesundheitsversorgung" geben fast 20 Prozent der Teilnehmer*innen an, bisher keine Probleme gehabt zu haben. Bei den Problemen im Bereich Gesundheit spielt auch hier der Informationsmangel bezüglich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und des Krankenversicherungsschutzes eine wichtige Rolle. Offensichtlich bringen viele der Neuankömmlinge aus der Türkei aufgrund der genannten Probleme beim Zugang zu Informationen ihre Medikamente aus der Türkei mit und versuchen auch, wenn notwendig, eine/n Ärzt*in in der Türkei aufzusuchen.

Als wichtigste Probleme beim Zugang zu entlohnten Beschäftigungsangeboten werden der starke Wettbewerb und die mangelnden Netzwerke genannt, wobei letztere Freund*innen, Bekannte und Networking-Kontakte umfassen, die für den Erfolg bei der Arbeitssuche meist unentbehrlich seien.

Wir oben bereits angedeutet, geht aus den Ergebnissen der Befragung geht hervor, dass nur etwa 36 Prozent der Teilnehmer*innen ihren Lebensunterhalt mit der Ausübung ihres erlernten Berufs bestreiten. Teilnehmer*innen, die ihren Lebensunterhalt zunächst über Erwerbsarbeit in kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen bestreiten, erleiden nach einer Weile statusbezogene Probleme. Dieser Prozess der Dequalifizierung hat negative psychische Auswirkungen auf die betroffenen Personen. Die Teilnehmer*innen merkten auch an, die sich die Arbeitssuche zu einem „grauen" Wirtschaftssektor entwickelt habe. Zudem wissen die meisten nicht über Netzwerke und Initiativen Bescheid, die bei der Arbeitssuche ehrenamtlich Hilfe leisten.

4 Die detaillierten Daten des Fokusgruppengesprächs finden sich in der Langfassung dieses Berichts.

Die Probleme der Sprachbarriere und des Infomationsmangels werden auch als zentrales Hindernis für den Zugang zu Sozialleistungen genannt.

Im Bereich des Zugangs zu rechtlichen Dienstleistungen, beispielsweise juristische Beratungen, geben 26 Prozent der Befragten an, bislang keinerlei Probleme in diesem Bereich gehabt zu haben. Allerdings sorgen die Sprachbarriere und das Unwissen hinsichtlich der eigenen Rechte als Migrant*in in Deutschland bei vielen der betroffenen Personen für ein Vermeidungsverhalten, was das Ergreifen rechtlicher Maßnahmen verhindert.

Unter dem Oberthema «Bildung» werden in der Bedarfsanalyse Bildungswege von Kindern und Jugendlichen sowie die Universitätsausbildung zusammen behandelt. Die Teilnehmer*innen brachten vor allem das generelle Problem eines Mangels an Kindertagesstätten in Berlin zur Sprache. Auf der Ebene der Universitäten treten die größten Probleme hingegen bei den Visumsverfahren auf. Personen, die an Universitäten Stipendien erhalten haben, darunter insbesondere jene Akademiker*innen, die in der Türkei aufgrund der Präsidentenverordnungen mit Gesetzeskraft („Kanun Hükmünde Kararname") ihre Arbeit verloren, bekommen bei Auslaufen des Stipendiums Probleme mit ihren Visa. Im Fokusgruppengespräch wurde problematisiert, dass Akademiker*innen, deren Stipendien auslaufen, oft keine andere Wahl haben, als einen Asylantrag zu stellen.

Das Thema „Diskriminierung" ist ein Querschnittsthema, das in den Antworten zu anderen Themen auftauchte. „Diskriminierung" wurde dennoch als eigener Themenbereich behandelt. 63 der 165 Umfrageteilnehmer*innen beantworteten die Frage: «*Sind Sie Opfer jeglicher Form von Diskriminierung geworden?*» mit «Ja». Die Teilnehmer*innen äußerten, dass sie in Bezug auf Diskriminierung ein mangelndes Selbstvertrauen bei sich beobachten. Zudem würden sie sich einsam und in diesem Zusammenhang unsicher fühlen, was sie vor rechtlichen Schritten zurückschrecken lasse.

Problemursachen

Die in Berlin lebenden «Neuankömmlinge» geben die Sprachbarriere als schwerwiegendste Ursache von Problemen an. In diesem Kontext wäre es aber unzureichend, die Sprachbarriere lediglich im Sinne mangelnder Deutschkenntnisse zu interpretieren. Eine weitere wichtige Ursache sind Unterschiede im bürokratischen System. Hier führt vor allem das Nichtwissen bezüglich der Mechanismen der bundesdeutschen Verwaltung zu einer Verstärkung des Problems. Die Erreichbarkeit staatlicher Dienstleistungen wird hierdurch für die Neuankömmlinge aus der Türkei enorm eingeschränkt. Neben der „Sprachbarriere" sind "Informations- und Koordinationsmangel" die wichtigste Problemursache, die im Fokusgruppengespräch bei allen Schwerpunktthemen Erwähnung fand. Dieser Mangel ist ein Indikator dafür, dass bei bürokratischen Verfahren vertrauenswürdige und verlässliche Informationen für „Neuankömmlinge" kaum erreichbar sind. Das Nichtwissen über existierende Beratungszentren deutet auf einen immensen Koordinationsmangel hin. Informationen bezüglich Verwaltungs- und Alltagsangelegenheiten werden vor allem über die Social Media Kanäle gewonnen. Die Befragten orientieren sich hier eher an Erfahrungsberichten, statt die relevanten Informationen bei den entsprechenden Institutionen einzuholen. In der Konsequenz zirkulieren deshalb vielerlei Fehlinformationen und Dienstleistungen werden nur mit Verzögerung erreicht.

51 Teilnehmer*innen bejahten die Antwortoption „Öffentliche Dienstleister*innen bereiten Schwierigkeiten". Dies zeigt, dass die persönliche Haltung von öffentlichen Dienstleister*innen zu Migrant*innen sich in ihrer Arbeit widerspiegelt. Auch unter dem Punkt „Diskriminierung" ist diese Tatsache sehr oft thematisiert worden.

Auf die Frage: «*Wie zufrieden fühlen Sie sich in Berlin*?» antworteten 82 der 164 Teilnehmer*innen mit „Zufrieden" sowie weitere 40 Personen mit "sehr zufrieden". Zehn Teilnehmer*innen gaben an, „unzufrieden" zu sein. Um herauszufinden, ob die Teilnehmer*innen zufrieden mit ihrem Leben in Berlin sind, haben wir die Frage: «*Würden Sie ihren Freund*innen empfehlen, in Berlin zu leben?*» entwickelt. Auf diese Frage antworteten 149 Personen (90,3 Prozent) mit „Ja".

Aller im Rahmen der Studie zum Ausdruck gebrachten negativen Erfahrungen zum Trotz scheinen die Teilnehmer*innen also mit ihrem neuen Wohnort zufrieden zu sein. Damit die "Neuankömmlinge" ihre Zukunftspläne in Sicherheit umsetzen können, ist eine Lösung der Probleme hinsichtlich Arbeit, Aufenthalt und Zugang zu sozialen Dienstleistungen wie auch in den anderen Bereichen enorm wichtig. Wenn die Teilnehmer*innen hierbei aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, sollten gesellschaftlicher Zusammenhalt und das nötige Zugehörigkeitsgefühl innerhalb kürzester Zeit gestärkt werden können.

Fazit

Die vorliegende Bedarfsanalyse repräsentiert aus einer rein statistischen Perspektive nicht die Gesamtheit der nach 2015 eingewanderten türkeistämmigen Migrant*innen in Berlin. Dennoch liefert sie im Sinne eines ersten Eindrucks zahlreiche wertvolle Daten.

Neben den allein eingereisten "Neuankömmlingen" gibt es eine sehr hohe Zahl von Personen, die mit ihren Familien und Kindern nach Berlin gekommen sind. Dabei war mehrheitlich der Wunsch, sich selbst und den Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen, für die Auswanderung entscheidend. Die meisten Teilnehmer*innen, die mehrheitlich nicht älter als 45 Jahre sind, möchten in Berlin ein neues Leben beginnen. Die Befragten verfügen zudem mehrheitlich über einen ausgeprägten akademischen Background und möchte ihre Karriere- und Zukunftswünsche in einem freien Land verwirklichen.

Die Anzahl derer, die in Berlin einen Neuanfang wagen wollen, aber noch nicht erwerbstätig sind, ist sehr hoch. Die Teilnehmer*innen, die vorübergehend mithilfe von Rücklagen und familiärer Unterstützung für ihren Lebensunterhalt sorgen, benötigen in Zukunft Möglichkeiten wie etwa Online-Plattformen, mit Hilfe derer sie sich über Arbeitsangebote in ihren erlernten Berufen informieren können. Zudem kann bedacht werden, dass die Teilnehmer*innen, die über hohe berufliche Qualifikationen verfügen oder aus Fachausbildung voraussetzenden Berufsbereichen kommen, ihre eigenen freien Arbeitsbereiche schaffen wollen, in denen sie ihre Kreativität zur Geltung bringen.

Ein weiteres Problem ist, dass die "Neuankömmlinge", die sich in Berlin ein neues Leben aufzubauen versuchen, aufgrund der kurzfristigen und diversen Verpflichtungen im Zusammenhang mit den aufenthaltsrechtlichen Verfahren und Rahmenbedingungen auf verschiedene Schwierigkeiten stoßen.

Was die geplante oder nicht geplante Auswanderung betrifft, ist die Verteilung der Antworten ausgeglichen ist. Einer der wichtigsten Gründe, sich für Berlin als Ziel zu entscheiden, liegt darin begründet, dass die große Mehrheit der „Neuankömmlinge" aus der Türkei aus türkischen Metropolen und urbanen Ballungsräumen kommen. Vieles deutet darauf hin, dass diese Gruppe die Türkei aufgrund von Zukunftssorgen verlassen und Berlin ausgewählt hat, weil sie ihre urbane Lebensweise fortsetzen möchte. So stehen die wachsende Unterdrückung des freien Lebens durch die politische Lage in der Türkei und daraus resultierenden Einschränkungen ganz vorne in der Liste der Auswanderungsgründe.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Teilnehmer*innen der Bedarfsanalyse von „Neuankömmlingen" in Berlin aufgrund der anhaltenden Probleme in der Türkei für ihre Sehnsucht nach Innovation und Freiheit keine andere Lösung finden konnten, als auszuwandern. Dass Menschen, deren Zukunft unsicher ist, sich in einem anderen Land ein neues Leben aufbauen möchten, kann als nachvollziehbare Entscheidung betrachtet werden. So können die «Neuankömmlinge» als Gruppe begriffen werden, die ein politisches Bewusstsein sowie Forderungen nach Freiheit besitzt und sich mit der Erwartung eines besseren Lebens auf den Weg gemacht hat.

Dabei zeigen die Aussagen der Teilnehmer*innen, dass diese eine hohe Motivation mitbringen, ihre vorhandenen Ressourcen zu nutzen, um sich in Berlin ein nachhaltiges neues Leben aufzubauen und für die Erfüllung ihrer eigenen Bedürfnisse zu sorgen.

In diesem Kontext sticht besonders hervor, dass es unter den Teilnehmer*innen Personen gibt, die ihren Beruf nicht ausüben können oder dürfen und deshalb soziale und ökonomische Statusverluste erleiden. Prekäre und auf kurze Zeit befristete Beschäftigungsformen, Probleme beim Bestreiten des Lebensunterhalts so-

wie weitere Schwierigkeiten, die mit dem Status als Migrant*innen verbunden sind, verstärken die negativen Erfahrungen, die zudem aufgrund des Informationsdefizits bezüglich der eigenen Rechte und des Zugangs zu diesen, verstärkt werden.

Was die für Berlin spezifischen Probleme betrifft, auf die die Teilnehmer*innen zu Beginn ihres Aufenthalts in der Stadt gestoßen sind, stechen vor allem Schwierigkeiten in den Bereichen Wohnen, Bürokratie, Gesundheit, Bildung, Sozialleistungen, Arbeitsmarktzugang und Rechte hervor. Die Ursachen dieser Probleme lassen sich wie folgt skizzieren:

- Informations- und Koordinationslücken bezüglich der öffentlichen Dienstleistungsbereiche;
- Erschwerter Zugang zu Dienstleistungen in Bereichen Soziales, Kultur, Gesundheit usw.;
- mangelnder Zugang zu vertrauenswürdigen und verlässlichen Informationen im Bereich Verwaltung;
- Informationen werden vor allem über persönliche Beziehungen und Bekanntschaften erreicht, was als zusätzlich zermürbend empfunden wird.
- mangelndes Wissen über die eigenen Rechte und Pflichten;
- Dienstleister*innen und Angestellte in der Verwaltung, die Schwierigkeiten bereiten und nicht weiterhelfen (Diskriminierung);

Neben dienstleistungsbezogenen Problemen wurde auch das Thema "Diskriminierung" sehr häufig zur Sprache gebracht. Wie in den anderen Dienstleistungsbereichen sind mangelnde Informationen und Beratung auch hier eine der Hauptursachen von Problemen. Weitere Ursachen sind:

- Mangelndes Wissen über Grund- und Freiheitsrechte;
- Unwissen darüber, was in einer Situation der Diskriminierung zu tun ist;
- Unwissen hinsichtlich der verschiedenen Formen von Diskriminierung;
- Unklarheit bezüglich des Umgangs mit institutioneller Diskriminierung;
- mangelndes Selbstvertrauen, Gefühl von Einsamkeit, Vermeidung des Rechtsweges aufgrund eines fehlenden Gefühls der Sicherheit;
- fehlendes Wissen über staatliche und private Beratungszentren.

Die im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Daten belegen den Bedarf an institutionellen, vertrauenswürdigen und einfach erreichbaren Informationsquellen. Hierzu gehören:

- Die Identifizierung dienstleistender Institutionen und Organisationen gemäß den Bedürfnissen der Gruppe;
- Ein in Zusammenarbeit mit den identifizierten Institutionen und Organisationen entwickelte Analyse, warum diese die "Neuankömmlinge" nicht erreichen können;
- Die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen in Zusammenarbeit mit den betreffenden Institutionen und Organisationen;
- Die Bereitstellung wirksamer Kommunikationskanäle und –kampagnen für „Neuankömmlinge" (Social-Media-Kanäle, kurze Erklär-Videos, Broschüren, Informationsveranstaltungen usw.);
- gemeinsam mit relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen thematische Gruppen bilden und Workshops veranstalten;
- solidarische Beziehungen zu Migrant*innenorganisationen aufbauen und gemeinsam für Sensibilisierung sorgen sowie Lösungsstrategien entwickeln;
- eine größere Vielfalt von Sprachen schaffen, in denen soziale und kulturelle Dienstleistungen angeboten werden, schaffen und langfristige Regelungen etablieren.

PUDUHEPA unterbreitet diese Vorschläge in der Hoffnung, dass die Daten und Ergebnisse der Bedarfsanalyse politischen Entscheidungsträger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Entwicklung von Lösungen für die genannten Probleme eine Orientierung geben können.

Übersetzung und Lektorat: Sebastian Heuer und Koray Yılmaz-Günay für lingua•trans•fair

in zusammenarbeit mit

PUDU HEPA

Fraueninitiative für Solidarität

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

PUDU HEPA

DAYANIŞMA İÇİN KADIN İNİSİYATİFİ

info@puduhepa.org
www.puduhepa.org
@puduhepaberlin
puduhepaberlin
@puduhepa.berlin